

Rede 1. Mai 2011 in Siegen „Heraus zum roten 1. Mai!“
Thies Gleiss
Stellvertretender Landessprecher DIE LINKE-NRW

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Genossinnen, liebe Genossen

Vielen Dank für die Einladung zu dieser Veranstaltung mit dem heute eher seltenen Titel „Heraus zum roten 1. Mai“. Ihr kennt sicherlich die Antwort, die Fritz Teufel in den wilden Siebzigern auf diese Aufforderung gegeben hat. „Es kann auch an jedem anderen Tag sein!“

Heute sind die Zeiten nicht ganz so wild und statt vieler kleiner linker Parteien, die ihren jeweiligen roten 1. Mai organisieren, gibt es vor allem eine relativ neue, große Partei – DIE LINKE – die, so darf ich als Vorstandsmitglied selbstkritisch anmerken, noch ein wenig auf der Suche ist, was zu einem „roten 1. Mai“ heutzutage alles dazu gehört.

Lasst mich mit etwas Grundsätzlichem beginnen. In diesen Tagen gedenken wir der Pariser Kommune, die vor 140 Jahren für wenige Wochen für einen revolutionären Aufbruch in Paris sorgte.

Das war der erste große Versuch der Arbeiter und ArbeiterInnen einer Großstadt, eine Gemeinschaft von sozial Gleichen aufzubauen. Die Schranken zwischen Männern und Frauen, Alten und Jungen und zwischen EinwohnerInnen unterschiedlicher nationaler Abstammung wurden eingerissen und überwunden.

Es war ein Versuch der direkten Selbstverwaltung und Selbstorganisation; die gesetzgeberische und praktische Formulierung grundlegender Rechte auf demokratische Freiheit, Wohnen, Nahrung und Gewaltlosigkeit.

Wer heute die Dekrete der Kommune liest, mit denen sie ein alternatives städtisches Leben organisieren und den Beginn einer neuen Politik einläuten wollte, merkt sofort, wie aktuell sie sind. Jede linke Kommunalpolitik und jede linke Partei kann und sollte sich noch heute nicht nur an diesen Zielen, sondern sogar an den konkreten Einzelmaßnahmen orientieren.

Spätestens seit dieser Zeit ist die soziale Utopie der Kommune – der Kommunismus – die faszinierendste politische Idee der Geschichte. Millionen Menschen haben seitdem dafür gekämpft und gelitten, sind gefoltert und ermordet oder eingekerkert worden. Dennoch bleibt: Diese Idee einer Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung und mit gleichen sozialen Rechten und Chancen für alle Menschen bleibt unausrottbar.

Anfang dieses Jahres erlebten wir, wie hysterisch die Herrschenden auf diese Idee immer noch und immer wieder reagieren. Ein einfacher Artikel der Vorsitzenden der LINKEN in einer kleinen auflagenschwachen Zeitung – und da war es wieder: Das Gespenst des Kommunismus, das den Schreiberlingen der Reichen von heute in die Glieder fährt.

Einer der Gründe für die Niederlage der Kommune war, dass sie die Banken und damit die Finanziere von Armee und Machtapparat der alten herrschenden Klasse nicht entmachteten. Auch heute ist eine wirklich demokratische Gesellschaft nicht erreichbar, ohne die Entmachtung des Finanzkapitals. Deshalb ist dies die zentrale Forderung der LINKEN. Die Politik, die öffentliche Kontrolle im Interesse der Mehrheit, muss gerade

und zuerst in diesem Schlüsselsektor der Wirtschaft eingreifen: Wir sind für die Vergesellschaftung der großen Banken und Versicherungen, für das Verbot aller spekulativen Geldgeschäfte mit Derivaten, Leerverkäufen und all dem Zeugs aus der Spielhölle des Casino-Kapitalismus. Wie anders als durch solche Maßnahmen soll sonst verhindert werden, dass die Gewinne weiterhin privatisiert, die Verluste aber sozialisiert werden? Wie anders sollen die Verhältnisse in diesem Land demokratisch werden?

Einer der Ideologen und Strippenzieher des Hauptakteurs bei diesen Finanzgeschäften, der damalige so genannte „Chefvolkswirt“ der Deutschen Bank, Norbert Walter, hat im Jahre 2005, also nach Vollendung des dritten Fünfjahresplanes zur Wiedereingliederung der DDR in die kapitalistische Marktwirtschaft, ein politisches „Programm“ verkündet, das für die gesamte deutsche herrschenden Klasse galt: „Wir müssen, nachdem der Sozialismus der DDR überwunden wurde, den westdeutschen Sozialismus überwinden, damit wir die Zukunft gewinnen können“.

Aus der Sicht der Lohnabhängigen und Erwerbslosen, der Jugend und der RentnerInnen bedeutet dieses „Programm“ drei große Angriffe:

- Lohnsenkung durch direkte Kürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit, niedrigste Tarifabschlüsse mit allen erdenklichen Öffnungsklauseln und Kürzung aller Lohnersatzleistungen bei Krankheit und Erwerbslosigkeit;
- Abschaffung zentraler Regulierung des Arbeitsmarktes, der Ausbau von befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Minijobs und Leiharbeit und Einschränkung des Arbeitsschutz- und Kündigungsschutzgesetzes sowie Schwächung der Gewerkschaften durch Schaffung tarifloser Zonen,
- Zerschlagung der umlagefinanzierten Renten- und Krankenversicherungssysteme, Kürzung der Leistungen und Erhöhung der Beiträge durch die Versicherten und der Aufbau privater Renten- und Krankenversicherungen

Es war ausgerechnet die SPD und die von ihr mit den Grünen gestellte Bundesregierung, die seit 2003 die großen politischen Weichenstellungen für diese Angriffe sicherstellten. Im Volksmund hat dieses Programm andere Namen, die bis heute für den größten Angriff auf die soziale Gerechtigkeit und den Sozialstaat in aller Munde sind: Hartz IV und Agenda 2010.

Wir von der LINKEN sind im Kampf gegen und durch den Protest gegen Hartz IV groß geworden und ich kann euch versichern, solange es sie gibt, wird die LINKE als zentralen Programmpunkt die Forderung haben: „Weg mit Hartz IV!“ Darunter geht gar nichts! Wir geben erst Ruhe, wenn dieses kriminelle Stück der Sozialpolitik restlos der Vergangenheit angehört. Unsere Antwort auf die Agenda 2010 war eindeutig, wenn auch leider nicht so populär: Die Agenda 3010 – Dreißigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich und 10 Euro Mindestlohn und außerdem 500 Euro Grundsicherung plus der Warmmiete für Erwerbslose.

Das „Programm“ des Kapitals, für das symbolisch Hartz IV steht, ist – das müssen wir heute leider eingestehen – ein aus der Sicht seiner Urheber ziemlich erfolgreiches Programm gewesen.

- Es wurde in Deutschland die langfristige Senkung der Lohnquote durchgesetzt und ein weltweit fast konkurrenzloser Niedriglohnssektor geschaffen;

- Es wurde ein auf der Würde des Menschen herum trampelndes und die materielle Lage von Millionen Menschen, darunter viele völlig unschuldige Kinder, zersetzendes Zwangsregime gegen die Erwerbslosen aufgebaut;
- Das gesellschaftliche Eigentum von Bund, Ländern und Kommunen wurde verscherbelt und privatisiert;
- Die Sozialversicherungen wurden zerschlagen und der privaten Finanzwirtschaft zum Fraß gegeben.

Dieses „Programm des Kapitals“ hat aber auch Schranken eingerissen. Es führte zu der heutigen beispiellosen Überakkumulation von Kapital, zum weltumspannenden „Kasino-Kapitalismus“, die in der tiefsten Finanzkrise seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts mündeten. Diese Krise ist längst nicht überwunden, auch in Deutschland die Umsätze und Profite wieder steigen. Hinzugekommen ist die so genannte Eurokrise. Dahinter verbirgt sich aber nur die andere Seite der Agenda-2010-Politik in Deutschland. Sie führte zu einer enormen Ungleichentwicklung in Europa und zur Wettbewerbsschwächung der heute von der Krise gebeutelten Euroländer. Die Exportmeisterschaft des deutschen Kapitals und die Verschuldung der Euro-Staaten sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Und die deutschen Banken gehören immer zu den Siegern – beim Weg in die Krise und bei den vorgeschlagenen Lösungswegen. Skandalöserweise wird jetzt als Krisenlösung der Export der Politik vorangetrieben, die hier als Hartz-IV bekannt ist: Die Ausdehnung der Ausbeutung der Lohnarbeit, Senkung der Löhne, Drangsalierung der Erwerbslosen und rigides Zusammenkürzen aller sozialen Ausgaben der Staaten.

Die LINKE steht uneingeschränkt an der Seite der Kolleginnen und Kollegen in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien. Wenn es ihnen gelingt, dieses Programm des Kapitals in ihren Ländern erfolgreicher zurückzudrängen als es in Deutschland gelang, dann wird es allen Menschen in Europa besser gehen.

Die LINKE bleibt dabei: Die Verantwortlichen für die Krise müssen zu deren Behebung herangezogen werden. Deshalb fordern wir die Entmachtung der Banken und großen Konzerne. Wer sieht, wie die demokratisch gewählten Regierungen in Europa am direkten kurzen Gängelband der Finanzkonzerne hängen, der wird unsere Forderung nach einer Vergesellschaftung der Banken und Versicherungen unterstützen. Und mehr noch: Diese Maßnahme ist keine Forderung für die ferne Zukunft, ist nicht das Endziel unserer Politik, sondern die Voraussetzung, um mit einer neuen, demokratischen Politik, mit der Umkehrung der Umverteilung, unmittelbar heute zu beginnen. Dafür steht die LINKE.

Nach der Veröffentlichung des Entwurfs für unser neues Parteiprogramm wurde der LINKEN vorgeworfen, sie wolle alles verstaatlichen. Wir wollen keine bürokratischen staatlichen Monsterbetriebe, die sich auf dem Weltmarkt mit ihren privaten und staatlichen Konkurrenten kloppen. Aber eines ist völlig klar: Die flächendeckende, Kosten- und Ressourcen sparende Sicherstellung der elementaren sozialen Rechte auf Bildung, Gesundheit, Mobilität, Energieversorgung, Wohnen und Müllentsorgung für alle Menschen ist privatwirtschaftlich und über den Markt geregelt nicht herzustellen. Es leiden die VerbraucherInnen an teuren, ungleich verteilten und zugänglichen Dienstleistungen. Es leiden die Beschäftigten unter schlechten Arbeitsbedingungen und Löhnen.

Deshalb sind wir für wirklich gesellschaftliche Unternehmen in der Daseinsvorsorge, die unter der demokratischen Kontrolle von Beschäftigten und VerbraucherInnen stehen. Deshalb sind wir hartnäckig gegen Privatisierungen in diesem Bereich und dort, wo sie stattgefunden haben, wollen wir sie zurückführen.

Wir waren im letzten Jahr Zeuge einer beispiellosen Machtdemonstration des privaten Kapitals. Die vier großen Energiekonzerne haben die Bundesregierung buchstäblich am Nasenring durch die Manege geführt. Die Durchsetzung ihrer Interessen wurde gar nicht erst über den Umweg von Lobby-Vereinen und Medienkampagnen versucht, sondern faktisch als Anordnung ihrer Forderungen an die Minister und Staatssekretäre. Gleichzeitig hat die sich immer mehr beschleunigende Klimakatastrophe, die kaum noch aufzuhaltende Erwärmung des Weltklimas durch ungebremsten Ausstoß schädlicher Gase gezeigt, wie unfähig und unwillens die fest verschworene Internationale der Klimakiller ist, einen Weg aus der Klimakrise zu finden und einzuschlagen. Und Anfang dieses Jahres kam das vielleicht schrecklichste Signal: Das furchtbare Unglück von Fukushima hat ein für alle mal aufgezeigt, dass ein radikaler Umstieg in der Energieversorgung sofort und schnellst möglich angegangen werden muss.

Aber wie soll dies ohne die Entmachtung der Energiekonzerne geschehen? Seit vierzig Jahren kämpft die Anti-AKW-Bewegung gegen die Atomenergie und sie hat es geschafft, dass diese gefährliche und zukunftslose Energieversorgung in Deutschland immer weniger politisch durchsetzbar ist. Trotzdem beharren die Konzerne auf dieser Rückständigkeit und lassen die Regierung ein ums andere Mal auf die Nase fallen. Damit muss endlich Schluss sein.

Nicht zuletzt durch den Widerstand gegen die Atomenergie ist eine Partei wieder ins Gespräch gekommen, die eigentlich schon lange als braver Schoßhund der Herrschenden abgehakt wurde, die jeder sozialen Schweinerei und jeder militärischen und Kriegsaktion ihren ökologischen Segen gab. Ich spreche von den Grünen. Sie versprechen eine angebliche grüne Modernisierung des Kapitalismus. Solche Versprechen sind auch schon mindestens so alt wie die Grünen selbst – gut dreißig Jahre. Und nichts ist in der Welt grundlegend verändert worden. Wir von der LINKE glauben nicht an die Modernisierungsversprechen der Grünen. Es gibt keinen ökologischen Kapitalismus! Eine private, über den Markt geregelte Wirtschaft, die als einzige Richtschnur die Profite des Kapitals kennt, die kann niemals Energie und Ressourcen sparen und die Arbeitskräfte menschlich behandeln. Dort besteht ein nicht aufhebbarer Interessensgegensatz, bei dem sich jede politische Partei in kürzester Zeit entscheiden muss, auf welcher Seite sie steht. Die LINKE hat sich entschieden: Sie ist eine Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Klimaschutzes und deshalb antikapitalistisch.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Die LINKE ist heute in allen großen Städten bei den Mai-Demonstrationen an der Seite der Gewerkschaften dabei. Wir unterstützen die beiden zentralen Forderungen dieses Tages: Gesetzlicher Mindestlohn jetzt und weg mit der Leiharbeit!

Lasst mich aber zwei Anmerkungen machen, die gerade an einem solchen Tag wie heute wichtig sind:

Der gesetzliche Mindestlohn ist eine wichtige Maßnahme um die fürchterliche Rutschbahn zu schließen, die Hartz-IV für die Löhne und Gehälter angerichtet hat. Wer unten alle Grenzen einreißt, wer gleichzeitig Flächentarifverträge durchlöchert und

Erwerbslosengesetze in Zwangsmaßnahmen verwandelt – der drückt das gesamte Einkommenssystem nach unten – nicht als Unglück, sondern als Ziel der Maßnahmen. Deshalb muss aber die Forderung nach einem Mindestlohn hoch genug sein, damit nicht der gleiche Effekt ausgelöst wird. Ein zu niedriger Mindestlohn ist nicht nur deshalb schlecht, weil er nicht fürs Leben reicht, sondern er wird das gleiche bewirken wie Hartz-IV. Deshalb ist die LINKE für einen Mindestlohn von nicht weniger als 10 Euro pro Stunde.

Und zur Leiharbeit müssen wir heute kritisch anmerken, dass es auch die Gewerkschaften waren, die die Tür zu dieser modernen Sklavenarbeit mit aufgesperrt haben. Das war ein großer Fehler. Heute sind ganze Belegschaften in Arbeitskräfte erster und zweiter Ordnung gespalten. Über eine Million LeiharbeiterInnen werden täglich überausbeutet, schlechter bezahlt als die Festangestellten, sie werden entwürdigt und ohne Widerstandsmöglichkeiten hin- und hergeschoben. Das ist leider nicht mehr allein durch betriebliche Maßnahmen zurückzudrängen. Auch wenn die Leiharbeit ökonomisch teurer wird, so bleibt die Spaltung der Belegschaften. Deshalb fordert die LINKE ein politisches Verbot der Leiharbeit. Sie muss mindestens so streng gehandhabt werden, wie Sonn- und Feiertagsarbeit. Jede Ausnahme vom generellen Verbot muss ausdrücklich begründet und genehmigt werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Lasst mich mit einem Thema schließen, das allein einen „Roten Ersten Mai“ rechtfertigt und die wichtigste Grundlage einer wirklich linken Massenpartei sein muss – zu der wir alle vielleicht mal werden:

Kapitalismus bedeutet Krieg! Der Kampf um eine Neuaufteilung der Welt nach dem Ende der Sowjetunion und die gewaltige Kreditblase und Casino-Zockerei haben die Welt nicht friedlicher sondern gewalttätiger gemacht.

Die Kriege werden zusätzlich immer schmutziger und sie kehren zurück zur Form der kolonialistischen Herrenmenschenkriege des 19. und 20. Jahrhunderts. Nach wie vor ist die Welt voller Waffen. Mehr als eine Billion Euros werden Jahr für Jahr für Waffen ausgegeben – ein Mehrfaches der Summe die nötig wäre, um den Hunger und das massenhafte Sterben an Infektionskrankheiten abzuschaffen und die Wasser- und Energieversorgung für alle Menschen auf der Welt sicherzustellen.

Deshalb bleibt es die größte Aufgabe eines roten Mai: Krieg dem Krieg. Stoppt die Rüstungsindustrie! Schafft nicht die Wehrpflicht, sondern gleich die Bundeswehr ab!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Ich spreche hier als stellvertretender Landessprecher der Partei, die sich etwas anmaßend DIE LINKE nennt. Aber bitte glaubt mir: All das, was ich hier zusammengefasst habe, sind Ziele und Forderungen, die mehr Kräfte, mehr Mobilisierungen und mehr aktive, mutige Menschen erfordert, als sie eine 10-Prozent-Partei aufbringen kann.

Deshalb betrachten wir unsere Politik und unser Programm zu einem großen Teil als Vorschläge. Ohne eine breite Resonanz, ohne eine neue „Arbeiterfront“ – wie es früher am Roten 1. Mai hieß – werden es allerdings nur Vorschläge bleiben.

Zusammengehen, Mehr werden – das ist also die Kurzform meiner Rede.

Zusammengehen – Mehr werden!

Am 1. Mai und gern auch an jedem anderen Tag.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

